

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3.00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Bekanntmachung für 1900 unter Nr. 7571. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Sonntagen.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1503.  
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.      Mittwoch, den 3. Januar 1900.      Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Wilhelms II. Säcularrede.

Am Neujahrstage hielt der Kaiser vor den Offizieren der Garnison Berlin im Zeughaus eine Ansprache, die folgenden Wortlaut hatte:

Der erste Tag des neuen Jahrhunderts sieht unsere Armeen, das heißt unser Volk in Waffen um seine Feldzeichen geschart vor dem Herrn der Heerscharen knien, und wahrlich, wenn irgendwo besonderen Grund hat, sich heute vor Gott zu beugen, so ist es unser Heer. Ein Blick auf unsere Fahnen genügt als Erklärung, denn sie verkörpern unsere Geschichte. Wie fand das vergangene Jahrhundert bei seinem Anbruch unser Heer? Die glorreiche Armee Friedrichs des Großen war auf ihren Vorbeeren eingeschlafen, im Kleinlichen Detail des Samaschendienstes verknöchert, von altersschwachen kriegsunfähigen Generalen geführt, ihr Offizierscorps fördernder Arbeit entwöhnt, in Luxus und Wohlleben und thörichter Selbstüberhebung verkommen. Mit einem Wort, die Armee war ihrer Aufgabe nicht nur ungewachsen, sie hatte sie vergessen. Sauer war die Strafe des Himmels, die sie erlitt und die unser Volk traf. In den Staub ward sie geworfen, Friedrichs Ruhm verblüht, ihre Feldzeichen waren zerbrochen. In den sieben langen Jahren schwerer Knechtschaft lehrte Gott unser Volk sich auf sich selbst bestimmen, und unter dem Druck des Ruhes eines übermühtigen Eroberers gedarr unser Volk aus sich heraus den höchsten Gedanken, daß es die höchste Ehre sei, im Waffen-dienste seinem Vaterlande Gut und Blut zu weihen: die allgemeine Dienstpflicht. Mein Urgroßvater gab ihr Form und Leben, und neuer Vorbeere krönte die neu erstandene Armee und ihre jungen Fahnen. Ihre eigentliche Bedeutung jedoch gewann die allgemeine Dienstpflicht erst durch unsern großen, dahingegangenen Kaiser. In stiller Arbeit entwarf er seine Reorganisation — unsere Armeen — trotz des Widerstandes, den Unverstand ihm setzte. Die stehenden Feldzüge konnten jedoch kein Wert in nie geahnter Weise. Sein Geist erfüllte die Reichen seines Heeres ebenso wie sein Gottvertrauen daselbe zu unerhörten Siegen hinhilf. Mit dieser seiner eigenen Schöpfung sah er die deutsche Stimme wieder zusammen und gab uns die langersehnte deutsche Einheit wieder. Ihm danken wir es, daß kraft dieser Armeen das Deutsche Reich Achtung gebietend seine ihm bestimmte Stellung im Rate der Völker wieder einnahm. An Ihnen ist es nun, meine Herren, auch im neuen Jahrhundert die alten Eigenschaften zu bewahren und zu befruchten, durch welche unsere Vorfahren die Armeen groß gemacht haben. Einfachheit und Anspruchslosigkeit im täglichen Leben, unbedingte Hingabe an den königlichen Dienst, volles Einsetzen aller Kräfte des Leibes und der Seele in rastloser Arbeit an der Ausbildung und Fortentwicklung unserer Truppen. Und wie mein Großvater für sein Landheer, so werde auch ich für meine Marine unbedeutend in gleicher Weise das Werk der Reorganisation fort- und durchführen, damit auch sie gleichberechtigt an der Seite meiner Streitkräfte zu Lande stehen möge und durch sie das Deutsche Reich auch im Auslande in der Lage sei, den noch nicht erreichten Platz zu erringen. Mit beiden vereint hoffe ich in der Lage zu sein, mit festem Vertrauen auf Gottes Führung den Spruch Friedrich Wilhelms I. wahrzumachen: „Wenn man in der Welt etwas will decidieren, will es die Feder nicht machen, wenn sie nicht von der Force des Schwertes unterstützt wird.“

Die Rede Wilhelms II. ist in ihren historischen „Erinnerungen“ mit den geschichtlichen Thatsachen nicht überall vereinbar. Dagegen ist das Zukunftsprogramm des Kaisers mit aller wünschenswerten Bestimmtheit fixiert worden.

Die Ausführungen über die Zeit von Jena bedürfen insofern der Korrektur, als Friedrich Wilhelm III. an allen Reformen der preussischen „Wiedergeburt“ völlig unschuldig war. Er war ihr Segner, wie er auch nur gezwungen in die Freiheitskriege ging; es war ihm, wie er einmal selbst erklärte, durchaus zuwider, daß er im Namen der deutschen Freiheit sogar den Jacobiner spielen mußte. Es ist auch nicht richtig, wenn man es sich jetzt so vorstellt, als ob in der Zeit vor Jena der preussische Militarismus sich weniger wichtig gefühlt hätte als etwa jetzt. Die Stimmung vor Ausbruch des Krieges schärfte Streitsub in seiner Berliner Geschichte: „Niemand durfte es wagen, ohne sich den größten Beleidigungen auszuweihen, an die Möglichkeit einer Niederlage zu denken, denn die Offiziere, vom General herunter bis zum Leutnant, erklärten ja, das Heer Friedrichs des Großen sei unüberwindlich. Die Presse sprach in demselben Geiste. Die „Berl. Ztg.“ veröffentlichte Verdengefänge, sie verklärte, daß der kriegerische Geist der Nation sich niemals so kräftig und lebensvoll offenbart habe, als gerade in dieser Zeit; von den Tagesblättern ward in die Welt hinausposaunt, der Kampf für deutsche Nationalität, Freiheit und Ehre werde jetzt erst beginnen!“

Das war unmittelbar vor Jena. Als dann freilich die Herrlichkeit des glorreichen preussischen Heeres zusammenbrach, war aller Patriotismus verfliegen. Man weiterte, dem Sieger zu huldigen, und Graf Schulenburg, der Gouverneur Berlins, verübte: „Der König hat eine Bataille verloren, jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht, ich bitte darum.“ Es war dann eine Konzeption an die revolutionäre Volksströmung, daß die allgemeine Dienstpflicht eingeführt wurde. Aber dieser Fortschritt war der letzte auf dem Gebiete des Militarismus. Seitdem ist das Heer zu einem Massen- und Kasernenheer verknöchert. Der Gedanke des Volkes in Waffen,

wie ihn ein Scharnhorst proklamierte, ist niemals zur vollen Ausführung gelangt, wir haben ein Heer gegen das Volk, nicht ein Volksheer. Der Unterschied zwischen dem militärischen Wesen vor Jena und nach Sedan ist durchaus nicht so groß, wie die Geschichtsschreiber glauben machen möchten. Und wenn der Kaiser an die Selbstüberhebung des Militärs von 1806 erinnert, so beherrscht diese Selbstüberhebung nicht nur das Offizierscorps von 1900, sondern sie ist ein Hauptzeichen der gesamten herrschenden Politik geworden. In einer Beziehung hat, wenn auch wohl unabsichtlich, der Kaiser selbst eine Parallele zwischen dem Militarismus einst und jetzt gezogen, insofern, als er an den Luxus der Lebensführung der Offiziere erinnerte, der sicherlich in den armen Tagen vor Jena keinesfalls so stark war wie heute in der Zeit der Scharnhorst. Auch in der öffentlichen frommen Gesinnung stand das Heer am Anfang des 19. Jahrhunderts sicherlich nicht zurück hinter dem an der Schwelle des zwanzigsten. Die gottlosen Zeiten des großen Friedrich waren ja schon bei seinem Nachfolger zu Ende und durch eine Art hitziger Frömmigkeit abgelöst.

Der Kaiser hat dann in seiner Neujahransprache in einer psychologisch durchaus verständlichen Weise als sein Programm die Marinekultur bezeichnet. Wilhelm I. hat den Landmilitarismus so ausgestaltet, daß seinem Entel auf diesem Gebiete wesentliches kaum noch zu thun übrig blieb, abgesehen von den quantitativen Reformen; darum mußte ein neuer Weg eingeschlagen werden. Die Landerfolge waren nicht zu überbieten — so ergab sich von selbst das Wasser als ein freier Platz, der noch anbaufähig war. Das große Deutsche Reich muß durch das größere Deutschland abgelöst werden! Das ist die einzige mögliche Steigerung für die Erben Wilhelms I., den sein Entel den Großen nennt.

Wir glauben, daß in der That Wilhelm II. von diesem Gedanken tief erfüllt ist. Er hat bereits an den Militarismus der sechziger Jahre erinnert und seinen festen Willen kundgethan, das Werk der Reorganisation der Marine durchzuführen — trotz des Widerstandes, den nützlichere „Länderstand“ der Flottenromantiker entgegensetzt. Gerade weil diese Marinapläne keinen vorübergehenden Gedanken, sondern einen festen leitenden Grundgedanken darstellen, muß sich das Volk zum ernsthaften Konsist rüsten, den das geduldet Proletariat mit größerem Geiste durchführen dürfte, als einst der bürgerliche Liberalismus. Man mache sich nur den vollen Inhalt des kaiserlichen Marineprogramms klar. Er fordert eine der „ersten“ Armeen gleichberechtigte Flotte. Das heißt: Wie wir ein Landheer haben, das den in Betracht kommenden Armeen an Größe gewachsen ist, so sollen wir eine Flotte haben, mit der wir mit den Seemächten konkurrieren können. Da reicht natürlich nicht die jetzt geplante Verdoppelung der Schlachtkräfte aus, sondern die gewünschte Verdoppelung stellt nur einen schwächsten Versuch zur Verdichtung oder Verfestigung dar. Deutschland soll eine Sammlung von Rajernen, Rähen und Kirchen werden, neben denen die Kultur keine Existenzberechtigung mehr hat. Mit gewaltigem Jubel begrüßt natürlich die von den Marineoffizieren bezahlte Presse die Säcularbotschaft Wilhelms II., verheißt diese doch, wenn sie Erfüllung erhalten würde, der Großindustrie unerschöpfliche Aufträge, die niemals enden, sondern sich stetig steigern. Das erlösende Wort in der Flottenfrage finden die von Strupp ausgehaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten“ in der Rede. Die Flottenfrage sei die Lebensfrage für Deutschland, ebenso wie die Armeen-Organisation von 1860 die Lebensfrage für Preußen war.

Wir befürchten nicht, daß Unverstand diese klar ermessene Aufgabe erschweren wird. Sie ist aus sächsischer Laune oder Spielerei so wenig erwachsen wie die Reorganisation von 1860, sondern aus der zwingenden Erkenntnis, daß wenn Deutschland nicht sinken soll, es sich der Schöpfung der Flotte untergeben muß, die durchaus im Verhältnis zu seinen wirtschaftlichen Kräften steht. Wir hoffen, das neue Jahr wird den Verweis erbringen, daß es auch im zwanzigsten Jahrhundert in den Fragen nationaler Existenz und Ehre in Deutschland keine Parteien gibt und daß die freisinnige Partei so wenig hinter dieser Ehrenpflicht zurückbleiben wollen, wie irgend eine andere, die auf nationalem Boden steht. Der Kaiser hat das neue Jahrhundert mit einem kräftigen Vorwärts! für Deutschland eingeleitet, das Land wird weder in dem Rate seiner Vertreter, noch in der Thatkraft seines Volkes sich diesem Rufe verweigern.

Nur läßt sich das Volk seine Lebensfragen nicht von der Geschäftstüchtigkeit einiger Großindustriellen diktiert. Warum hat man den Schweinburg beiseite geschoben, wenn die Industriepresse mit unermüdeter Schamlosigkeit fortfährt, die Interessen ihrer Auftraggeber mit patriotischem Phrasengeklänge zu behängen. Gerade dieser ebenso unverständige wie unkluge Jubel verrät, was hinter dem Marine-Enthusiasmus der herrschenden Klassen steckt. Es sind dieselben Kreise, die uns die Jagthausvorlage bescherten, die jetzt dem Marinewahn huldigen. Es ist dieselbe Politik der Unterdrückung, der Ausbeutung und Ablenkung, die sich die Begeisterung der maßgebenden Person für See und Seewesen zu nütze machen sucht.

Das Proletariat aber bekämpft den Militarismus in jeder Gestalt, ob er zu Lande den Kraken hoch knüpft oder zu Wasser den Hals frei trägt, und daß es in diesem Kampfe siegt, das ist seine Lebensfrage, die zugleich die Lebensfrage der Kultur ist.

### Das Jahr der Verfassungsbrüche.

—st— Wien, 31. Dezember.

Mit Verfassungsbrüchen hat das Jahr begonnen, mit Verfassungsbrüchen endet es — das ist die Geschichte des Jahres 1899 für Oesterreich! In der Geschichte dieses vielgeprüften, an Niederlagen so reichen Staates wird das Jahr, das der Jahrhundertwende vorangeht, als das Jahr tiefster Erniedrigung bezeichnet werden, als das Jahr, in dem die Unmöglichkeit dieses verfallenen Staates gebildet evident geworden ist. Was ist von Oesterreich zu berichten? Im Januar mußte das Parlament heimgeschied werden, weil seine Lebensunfähigkeit die Erledigung aller Gesetzgebungsdinge verhinderte, und im Dezember wiederholte sich dieses unglücklich erniedrigende und bittere Schauspiel. Das Land, das heute die auseinanderdriftenden Teile verbindet, ist der Absolutismus, ist der permanente Verfall, der anfänglich mit einer gewissen Schamhaftigkeit aus Tageslicht trat, nun aber mit voller Freiheit austritt. Deshalb ist, trotz aller Leere und Oede der Ereignisse, das scheidende Jahr eine geschichtliche Zeit: von ihr aus wird der Geschichtsschreiber den Verfall Oesterreichs zu datieren haben. Das Alte stirzt zusammen, den Ruinen entblüht aber kein neues Leben!

Die „Begebenheiten“ des abgelaufenen Jahres sind da! aufgelistet. Nach einer kurzen Vertagung trat der Reichsrat im Januar zusammen, um sofort in seine alte Arbeit, in die Obstruktion zu verfallen. Nach ein paar Scheinversuchen, das sterbende Parlament zu galvanisieren, erfolgte die Schließung der Session, und die Bahn war wieder frei zu den Staatsfreuden, an denen die neuere Geschichte Oesterreichs so reich ist. Wohl machte das Ministerium Thun noch einen kurzen Versuch, die leichtsinnigen und verbrecherischen eingegangene Verpflichtung, den gesamten Ausgleich während der Parlamentspause zu ortroyieren, loszuwerden, aber es gelang ihm nicht „in Schönheit zu sterben“, als Vertreter der österreichischen Interessen vom Schauplatz gehen zu können. Es war das der Kampf um die verhängte spezielle Formel, die Oesterreicher verlangten, daß Ungarn den Pakt, der über die Durchföhrung des Ausgleichs geschlossen war, zerreißen sollte, die Nichtigkeitserklärung der gesamten Vereinbarungen. Natürlich entschied, wie immer, auch diesmal die Krone gegen Oesterreich und für Ungarn; das Ministerium Thun fügte sich und wagte wirklich jenen Staatsstreik, der in der Ortroyierung des Ausgleichsvertrages liegt. Im Juli kam die erste der verbrecherischen Ausgleichsverordnungen, die unter anderen Ungeseglichkeiten auch die Erhöhung der Judensteuer brachte und dadurch die leidenschaftliche Erregung bis zur Siedehitze anfasste. Im September die zweite, die das gesamte Bankwesen an Ungarn ausliefern sollte; das Parlament blieb aber immer unsichtbar. Es mußte endlich einberufen werden, um die Delegationen zu wählen; da aber war's klar, daß selbst diese geringe Thätigkeit nicht möglich sein werde, wenn nicht vorher das verbrecherische Ministerium beseitigt worden ist. Die Regierung Thun fiel der allgemeinen Entrüstung zum Opfer, und um die Obstruktion der Deutschen zu verhindern, wurden auch die Sprachverordnungen aufgehoben. Die fruchtlosen Versuche der Regierung durchzusetzen, sind noch in früher Erinnerung. Auch dieses Experiment mißlang, Graf Clary mußte die politische Bühne verlassen, das Parlament wurde aus dem Wege geräumt, und Herr v. Wittel, dieser Typus des modernen Beamtenmenschen, das Gewissen wie Heberzeugung auch dem Namen nach nicht kennt, übernahm die „Regierung“, die keine andere Aufgabe hat, als die unendliche Reihe der Verfassungsbrüche um ein halbes Duzend zu vermehren. Die politische Bilanz dieses Jahres kennt nur Passivposten; außer ein paar formalen Gesetzen ist die Aufhebung des Zeitungs- und Anstaltsstempels die einzige Frucht der Gesetzgebungsarbeit eines ganzen Jahres.

Oesterreich wird nun drei Jahre ohne Parlament regiert; die bald einberufenen, bald wieder vertagten Reichsratsessionen sind mir die spanische Wand, hinter der sich der ministerielle Absolutismus mit aller Gemütsruhe niedergelassen hat. Ein Staat aber, der mit dem Parlament nicht mehr regiert werden kann, ist kein Staat mehr; es ist nur „der Schatten der Maria“. Der Auflösungs- und Zerlegungsprozess des alten Donaureiches ist im vollen Gange, und wenn auch ein großes und hochgebildetes Volk langsam sticht als ephemere Neubildungen etwa: Oesterreich stirbt dennoch, und nichts vermag die Nationen, die von einander wegstreben, zwischen denen ein permanenter Bürgerkrieg tobt, mehr zusammenzuhalten, weil es nichts Gemeinsames mehr zwischen ihnen gibt. Das hätte nur das Parlament sein können — ein Parlament freilich, in dem die Völker das Centrum ihrer Bestrebungen und die Verkörperung ihres Willens erblickt hätten. Aber ein solches Parlament zu schaffen, das hinderte die erbliche österreichische Halbheit und Feigheit — das ist der Grund von diesem hohen Haus, sagt Grillparzer, „auf halben Wegen und zu halber That, mit halben Mitteln zanderhaft zu streben“ —; und nun hat man auch das Talanparlament, das weißtens den Schein erweckte, daß es etwas Gemeinsames und Verbindendes in Oesterreich gäbe, in Trümmer gelegt. Der Reichsrat war aber thätlich das letzte Oesterreichische; jetzt sind nur noch die verpönten Teile da, denen jedes geistige Band fehlt. Nun wird sich erfüllen, was unabweislich ist.

Diese gräßlichen Verhältnisse sind für die Arbeiterklasse wohl ein Verhängnis, aber ihre Erstarkung und Entwicklung, die ein Ergebnis der gesellschaftlichen Triebkräfte selbst sind, schritt dennoch auch in diesem Jahre rüstig vorwärts. Der Drücker Partei tag hat die unerschütterliche Solidarität der Arbeiter aller Völker dieses polyglotten Staates neu erwiesen; trotz der sprachlichen Verschiedenheit stehen die Klassenbewußten Arbeiter wie ein Fels zusammen und diese Zusammengehörigkeit, die aus der Gemeinsamkeit der kranken Interessen der Gegenwart und der Identität des allen vorantretenden Zieles besteht, hat der bis zur Wechsellähmung empör-

gelobte nationale Chauvinismus nicht erschüttern können. Der Kampf gegen die Neuerung Thun, der Kampf der Wiener Arbeiter gegen den von den Christlich-Sozialen inszenierten Wahlrechtsraub hat die politische Schulung der österreichischen Socialdemokratie erwiesen; der Kampf um den Festungstag, der in den Anstalten von Brünn und Jura so beachtenswerte Siege verzeichnet, beweist die gewerkschaftliche Entwicklung der österreichischen Arbeiterklasse. Die österreichische Socialdemokratie findet auf ihrem Wege Neuerungen und Hindernisse, die Parteien in national einheitslichen Staaten erspart bleiben. Aber die Schwere einer Arbeit hat Socialdemokraten nie abgesehen, und so bleibt die Socialdemokratie in diesem vom Modernismus erfüllten Staate frisch und kräftig, und ihr innerer Ausbau, ihre Verbreitung und Vertiefung, geht trotz aller Zerungen und Wirkungen ungestört weiter. Die Socialdemokratie ist nicht von gestern und sie ist nicht auf das Morgen angewiesen. Ihr ist die Zukunft der Menschheit anvertraut und nichts vermag sie zu hindern, den Blick auf das unverlierbare Ziel gerichtet vorwärts zu gehen.

## Politische Anekdote.

Berlin, den 2. Januar.

### Den Leitern der Flotten-Kassette

Muß das Kompliment gemacht werden, daß sie eine ungewöhnliche Ähnlichkeit besitzen. Wäher pflegte man bei derartigen „Bewegungen“, wenn es galt, Beamte zur Agitation aufzufordern, sich nur an solche Beamte zu wenden, die in einem Dienstverhältnis stehen, welches sie zwingt, Wünsche von oben als Befehle zu betrachten. Diesmal ist man über diesen Beamtenkreis hinausgegangen und hat auch richterliche Beamte mit der Zustimmung, für das Flottengeschäft tätig zu sein, zu befehlen gewagt. Von einem hochgestellten richterlichen Beamten sind z. B. wie wir aus sicherer Quelle erfahren, dem Kollegium eines preussischen Amtsgerichts derartige Agitationsaufträge zugegangen, mit dem taktvollen Wunsch, daß die Kollegen, welche bereit seien, ihren Namen in eine Liste einzutragen sollten. In dem Falle, der uns vorliegt, sind dem betreffenden Herrn allerdings seine Aufträge zurückgeschickt worden. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß auch bei anderen Richterkollegien ähnliche Angriffe auf die verfassungsmäßig verbürgte Unabhängigkeit des Richterstandes versucht worden sind.

### Schweiburgs Manifest.

Nachdem Herr Victor Schweiburg aus Flottenverein und „Berliner Neuesten Nachrichten“ herausgedrängt, veröffentlicht er nun eine längere Drohnote, die also lautet:

„Nachdem Rücksicht nicht auf mich, sondern auf andere und anderes mich Jähres hindurch bestimmt haben, die mannigfachen offenen und versteckten Angriffe unentwidert und ohne Abwehr zu lassen, ist nunmehr die Stunde gekommen, in der es mir gestattet ist, in die Gänge hineinzuleuchten, deren Dunkel seit der Verwirrung der wider mich gesponnenen Intrigen und die Hebererschaft übler Ausstellungen gegen mich verborgen gehalten hat. Ein reines Gewissen ließ mir die Wahl, Feindseligkeiten und Verleumdungen zu verachten oder ihre Verbreiter zur Verantwortung zu ziehen. Jene Duldung habe ich länger als ein Decennium geübt. Sie hat die Dechtheit der Verleumdung gesteigert, so daß ich mich veranlaßt gesehen habe, durch den Justizrat Herrn Dr. Sello die Hilfe der Gerichte anzurufen. Indem ich das that, war nicht mein Ziel, die Bestrafung einzelner Personen zu erwirken — denn diese stehen nicht auf der Höhe meiner Abwehr —, sondern die Aufklärung zu schaffen, die vielleicht ermöglicht, die eigentlichen Anstifter des gegen mich gerichteten Verleumdungsfeldzuges aus der für sie allein wohlthätigen Verstreutheit herauszubringen.“

Indessen, Viktor Schweiburg will nicht mehr auf den Tag des Gerichts warten, sondern beginnt mit einer kleinen Probe seiner gefährlichen Wissenschaft. Schweiburg pakt aus. Er bespricht zunächst seine Tätigkeit im Deutschen Flottenverein: „Seine Arbeit sind Meldungen verbreitet worden, die aus meiner unmittelbaren Umgebung innerhalb dieses Vereins gekommen sein müssen, da sie vollständige Kenntnis der Verhältnisse und Verhältnisse betrafen und den doppelten Vorwurf verdienen, den des Vrechens pflichtmäßiger Verschwiegenheit und darüber hinaus den Vorwurf wissenschaftlicher geflüchteter Irreführung durch Verschweigung wesentlicher Momente.“

„Daß man mir nachgesagt hat, ich hätte aus meiner Sekretärschaft im Deutschen Flottenverein materielle Vorteile gezogen, meine Tätigkeit dort dürfte daher nicht als Zeichen lediglich patriotischer Gesinnung angesehen werden, will ich selbst einlässlich dementieren. Denn, wenn es auch nicht wahr ist, daß ich aus meiner Sekretärschaft irgend welchen Vorteil gezogen oder bezogen oder für später erwartet hätte, so muß ich doch für die gegenwärtige Annahme guten Glauben voraussetzen, da mein Stellvertreter im Sekretariat des Deutschen Flottenvereins, Nordbottenkapitän a. D. Gerde, für die mit dieser Stellvertretung verbundene Redaktion der Monatschrift „Heberall“ bei jährlichem Kontrakte ein Jahresgehalt von 10 000 M. bezieht. Es lag immerhin nahe, von den Bezügen des Sekretärs Stellvertreters auf höhere Bezüge des Sekretärs zu schließen. Trotzdem muß ich zur Vermeidung irriger Deutungen erklären, daß ich es meiner Zeit zur Bedingung der Heberallnahme meiner sehr umfangreichen Tätigkeit für den Deutschen Flottenverein gemacht habe, daß mir aus dieser Tätigkeit kein irgendwie gearteter materielle oder ideeller Vorteil erwachsen dürfte und daß ich Se. Durchlaucht den Fürsten zu Wied an diese Bedingung erinnert habe, als er für meine abgeschlossene Tätigkeit im Deutschen Flottenverein mit einer ihrem Werte nach nicht gering bemessene Entschädigung anbot.“

Das sind für den Anfang schon ein paar recht niedliche Entstellungen aus der Welt der Weltpolitiker. Wir erfahren, daß der zweite Sekretär des Flottenvereins, ein Kapitän a. D. — ihn hält Schweiburg offenbar für die Quelle der gegen ihn erhobenen Angriffe — ein Jahresgehalt von 10 000 M. bezieht. Diese Agitatoren können sich angefaßt solcher Honorare schon einigen Patriotismus leisten. Dann hören wir, daß der Fürst zu Wied dem Schweiburg bei seinem Ausscheiden aus dem Flottenverein eine beträchtliche Abfindung angeboten hatte. In welchem Zweck? Die Abfindung scheint dabei nicht in der Form baren Geldes gedacht worden zu sein, sondern in einer anderen Form, welche die dauernde Anhänglichkeit Schweiburgs an den Flottenverein verbürgen sollte.

Nachdem Victor Schweiburg noch eine unwesentliche Einzelheit ausplaudert, schließt er drohend:

„Für heute mag dies genügen. Man hat Märchen verbreitet, die mit den poetischen Vorbildern nur die Erfindung gemein haben, aber nicht die Harmlosigkeit. Ich werde diese Märchen der Reihe nach als Verleumdungen darthun. Die Märchen-erzähler haben kein Interesse für mich — ihre Einbläser will ich fassen.“ Schweiburg erfüllt hiermit prompt, was wir in der letzten Nummer voraussehen, er werde nun mit seiner „Kenntnis der Dinge“ gegen seine Widersacher losgehen. Man sieht, einem wird die Schlußanführung Schweiburgs, daß die Fortsetzung folgen solle, Verleumdungen verursachen. Vielleicht wird von irgend einem schlammigen Friedensschluß und ein Verschönerungsmahl bereitet. Pat aber der alte Offiziers auf seine alten Tage wirklich Lust, einmal der Wahrheit zu dienen, so würden wir in viele Dinge, so namentlich aber in die Geschichte des neuesten Welterwartungs einen Einblick erhalten, der auch den blödesten Phantasien über das Wesen des großen Politikers und der nationalen Begierung aufklären würde.

Unser Silberstern vom Marine-Abkräftungsmanifest hat in den Kreisen unserer Genossen manche Heiterkeit erweckt. Dem tolen Durcheinander von Friedensverhandlungen und Kriegserklärungen, von geprügelten Christenmordbrünnlein und weltpolitischer Draufgänger, das sich an der Jahrhundertwende darbietet, der reizvollen Bilderfolge vom Gauger Kongreß bis zum südafrikanischen Krieg und den neuen deutschen Marineplänen schließt nichts als eine maritimen Renaissance der Abrüstungsbedürfnisse aus dem Reiche der östlichen Barbarei. Wir haben uns erlaubt, eine solche Vorkchaft als Beitrag zur Kritik neuzeitlicher Weltanschauung zu erlösen.

Wertwürdigerweise haben einige Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“, unsern Satz nicht verstanden. Das ist verzeihlich. Denn in dieser Zeit der politischen Wundersamkeiten hätte die zarische Wunder-Friedensbedürfnisse sicherlich gutes Gelingen gehabt.

## Der Massia-Prozess.

Rom, 31. Dezember.

Man schreibt uns: Der Prozess wegen der Ermordung des Kommandanten Kotarbartolo vor den Gerichten in Mailand erweist in seinem Verlauf immer augenfälliger die übliche Verweisung des Gerichtswesens, der Polizei, der gesamten Politik unseres gesegneten Italiens.

Außer dem Abgeordneten Cattaslo, dem intellektuellen Heber, und Fontana, dem thalpäthischen Verlierer des Nordes, außer dem Polizeidelegaten De Vasta, der die Vertuschung der Indizien unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung begünstigte, ist bis heute die Kleinigkeit von acht Fingern verhaftet worden, die in zweifelhafte genaue Kenntnis von den näheren Umständen des Nordes haben und diese ihre Kenntnis auch dadurch offenbart haben, daß sie anderen Personen diesbezügliche Mitteilungen machten. Jetzt vor den Geschworenen dementieren sie aber die Aussagen jener Personen, leugnen, was sie gesagt haben, absolut und lassen sich lieber wegen Zeugnisverweigerung oder falscher Aussage 2 und 3 Jahre Gefängnis aufhalten, als daß sie sich die Raue der Mistabst in Gestalt einiger Kugeln oder Dolchstöße aus dem Hintertisch zuziehen möchten. Sogar ein 70-jähriger Jagement, ein gewisser Mattei, leugnete, langweilig hartnäckig, und gerichte erst zu sprechen, nachdem der Gerichtshof einen Arrestbefehl gegen ihn und gegen diejenigen Personen, die durch seine halben Aussagen belastet wurden, erließ. Erst als diese letzteren in Nummer Sicher sahen, fühlte auch er sich sicher, und erst dann sprach er.

Diese Thatsache zeigt schlagend, daß eine Anzahl von Staatsbürgern sich durch den Staat nicht hinreichend an Leib und Leben, an Hab und Gut geschätzt fühlen — durch den Staat, der, so weit er Erziehungsberechtigung hat, doch gerade zu diesem einzigen Zweck da ist, und daß diese Staatsbürger mehr Furcht vor der privaten Rache, als vor der Schärfe des Gesetzes haben.

Aber das ist nicht das einzige Ergebnis. Ein Appellationsgerichtsrat, Minolfi mit Namen, hat im Prozess ausgesagt, daß er durch seine Amtshaltigkeit die Heberzeugung gewonnen hätte, in der sizilianischen Provinz Girgenti seien Abgeordnete, die als Beschläger von Verbrechen in Funktion traten, und daß es Vieles gebe, die für diese Thatsache den Urweis erbrächten.

Der in Frage kommende Abgeordnete, zur Zeit ebenfalls richterlicher Beamter, ist der Deputierte Fil. A. Polzone, der jetzt, nachdem sein Name schon seit verschiedenen Tagen öffentlich genannt worden ist, die Absicht bekundet, auf dem Abwege gegen den Gerichtsrat Minolfi vorgehen zu wollen und ebenso gegen unseren „Avanti“, der ihn klar und deutlich der Deffentlichkeit denunziert hatte.

Bis zur Stunde hat sich der Justizminister jedoch wohl gehütet, eine Untersuchung dieser schweren Anklage anzuordnen, die direkt einen richterlichen Beamten trifft.

Und auch das ist noch nicht alles!

Die „Tribuna“, ein äußerst vorsichtiges und in dieser Angelegenheit sehr charakteristisches Blatt, bestätigt eine frühere Mitteilung des „Avanti“, indem sie sagt, aus der vom Mailänder Gerichtshof veranlaßten Prüfung der Akten der Polizeibehörde von Palermo erhelle, daß viele Aktenstücke fehlen, und zwar hauptsächlich diejenigen, in denen der Gendarmeriehauptmann Ortolani den Abgeordneten als einen der für den Nord verantwortlichen Personen angibt und als Motiv zum Nord die drohende Gefahr bezeichnet, daß Kotarbartolo auf den Wollen eines Direktors der Bank von Syrakus zurückzuführen sollte, wodurch Polzone und seine anderen Freunde gebündelt worden wären, ihre Privatpekulationen mit dem Gelde der Bank fortzusetzen.

Die oben bezeichneten Dokumente wurden von dem Gendarmerie-Oberinspektoren unterzogen, der überdies noch seine Untergebenen instruierte, man müsse den Spuren des Verbrechens auf einem anderen Wege als dem bisher eingeschlagenen nachgehen!

Es ist klar, daß der Herr Oberinspektoren nicht so handeln konnte, wenn er nicht vorher Kenntnis gehabt hätte von einer weitverbreiteten Klique von Komplizen, darunter hohe Beamte der Exekutive und Gerichtsbehörden, die man unmöglich bloßstellen konnte, ohne zugleich die Mißthat der Regierung aufzudecken.

So weit ist's heute mit uns gekommen. Wie weit wir mit diesen Regierungszuständen noch kommen werden, ja wer kann das wissen.

## Deutsches Reich.

Ein Armeebefehl. Gleichzeitig mit seiner Joghauß-Rede wird ein Armeebefehl des Kaisers bekannt, in dem es heißt:

An mein Heer!

Vollendet ist das Jahrhundert, dessen Legium das Vaterland in seiner tiefsten Erniedrigung sah, dessen Ausgang gekrönt ist durch die Wiedererhebung von Kaiser und Reich!

Unter den Schlägen des Eroberers war das Deutsche Reich zusammengebrochen, dahingestürzt die Macht Preußens, vernichtet das Heer des großen Königs, welches einer Welt in Waffen herrlich Trost geboten hatte.

Wohl hatte nach sieben unvergessenen Leidensjahren Preußen in wunderbarer Erhebung mit der ganzen Kraft eines zur Verewigung gedachten Volkes die Ketten der Fremdherrschaft zerbrochen und damit Deutschland sich selbst wiedergegeben; wohl hatte in dem Befreiungskampfe sein neu erstandenes Heer ungezählte Ruhmesstränge um seine Fahnen gewunden; der höchste Lohn für seine opfervolle Hingebung blieb dem Vaterlande verweigert, unerfüllt das unauflösbare Schicksal nach Deutschlands Einheit. Endernd und entrudend gingen die deutschen Stämme nebeneinander her, Deutschland blieb gering im Rate der Völker.

Endlich ließ Gott ihm die Männer erheben, die das auf blutgetränkten Schlachtfeldern begonnene Einigungswerk zur Vollendung führten. Heute steht das gemeinsam große Vaterland, gesichert durch sein von einem Geiste befehltes Heer mächtig, ein Hort des Friedens da.

Ich danke meinem Heere für alles, was es in diesem langen Zeitraum mit meinem Hause und dem Vaterlande geleistet hat, für seine Hingebung und Opferwilligkeit, für seine Tapferkeit und Treue.

Mögen dann nach dem Willen der Vorsehung auch neue Stürme über das Vaterland hindrausen und seinen Söhnen abermals das Schwert in die Hand drücken; an meinem tapferen Heere werden sie sich brechen, es wird sein und bleiben, was es war und ist, ein Feld, auf dem Deutschlands Macht und Größe ruht. Das wolle Gott!

Der Armeebefehl wiederholt die militärischen Ausführungen der Rede. Ein entsprechender Marinebefehl ist nicht erschienen.

Das Seegepenst. Der national-social Redakteur des demokratischen „Welt am Montag“ verfiel neulich in einer Wiener Zeitschrift mit einem gigantischen Ullbilde; die Flotte sei dem deutschen Volke aus Herz gewachsen. Nach diesem Gleichnis bearbeitet er nun auch das erwähnte Montagblatt, das die Flottenvorlage der Nordd. Allg. Ztg. seiner Zeit mit einem ebenso verhängigen wie scharf abzeichnenden Artikel empfangen hatte. Jetzt muß es im Weltmeer plätschern. Das Seegepenst aber verdirbt nicht nur den Blick, sondern verwirrt auch den Verstand. Wenn der national-social Redakteur das vorige Jahr über aus dem Verleumdungsstreit eine Hoffnung für die Kolonialpolitik seines Parteienschatzes schöpfte, so war das nur naiv. Wenn er aber jetzt sogar die Flottenvorlage als ein Mittel glaubt, daß an ihr unsere Partei abgeplittet, so heißt das am Wasser sich zu Wahngebilden zu erheben, als wäre der Ozean voll Abstrich. Die Socialdemokratie und der „Vorwärts“ sollen sich in Folge der Flottenvorlage in Ruten befinden. In Wirklichkeit sind kaum jemals die Widersprüche und das hilflose Gerede der herrschenden Politik so scharf herbeigekostet wie bei dem Flottenplan, der für uns ein Agitationsmittel allerersten Ranges bietet. Die „Welt am Montag“ kann sich noch immer nicht beruhigen, daß wir die Professoren als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Unrecht gethan haben. — Gegen Schweiburg nämlich. Der, als Agent der Großindustrie, verleiht doch wenigstens einen vernünftigen Zweck. Die Professoren aber trieben als „wissenschaftliche Leibgarde Schweiburgs“ bezeichnet. Wir sehen ein, daß wir damit Un



8 Monate 8 Wochen Gefängnis und 1048 M. Geldstrafe. Tadel hat nach der als Reichstags-Abgeordneter unterlegliche Genosse Tiele während 4 Monaten des Jahres verantwortlich gezeichnet. Drei Hausdurchsuchungen wurden in den Geschäftsräumen des Blattes abgehalten. — In den vorhergehenden beiden Jahren war es übrigens noch schlimmer. Das Jahr 1898 brachte etwa 8 Monate Gefängnis und 900 M. Geldstrafe und 1897 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 2140 M. Geldstrafe.

Einen Rottschrei, der unsere Rechtszustände recht treffend charakterisiert, erläßt die Erfurter „Tribüne“. In einem Aufsatze an die Parteigenossen, worin sie diese zu weiterer Mitarbeit auffordert, sagt sie:

„Wir wissen überhaupt nicht mehr, was verboten und was erlaubt ist. Die Mahnung an unsere Genossen, z. B. kein bestimmtes Bier mehr zu trinken, wird als Wohlthat angesehen und bestraft; die Mitteilung, die Genossen mögen z. B. den Inhaftiertenfonds nicht vergessen, wird als behördlich nicht genehmigte Kollekte bestraft; die Mahnung an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, daß in einer Fabrik die Arbeiter gemahnet worden sind und deshalb Zugang nicht erfolgen möge, wird als grober Unfug angesehen und bestraft; wenn wir sagen, daß fiskalische Blutmacherei verwerflich sei, so sitzt uns der Strafrichter in dem Kaden, wir werden bestraft; wenn man uns oder den einzelnen bekannten Parteigenossen unangekündigt Geld ins Haus bringt, und der Empfänger quittiert darüber im Inzeratenteil der „Tribüne“, so wird angenommen, daß hier eine nicht genehmigte Kollekte vorliege, die doppelt bestraft werden müsse! Doppelt? Jawohl, einmal der Empfänger des Geldes und ein andermal der verantwortliche Geschäftsführer, welcher für den Inzeratenteil „aufkommen“ muß. So will es nämlich das Gesetz. — Alle Genossen, welche bisher in der „Tribüne“ über empfangene Gelder quittiert, d. h. keineswegs eine Kollekte veranstaltet haben, sind polizeilich vernommen und mit Strafmandaten bedrängt worden.“

Jeden dortige Parteigenossen sind bisher mit 20 Strafmandaten von 15 bis 20 M. belegt worden.

Auch ein Ereignis. Unser Ländler Parteiblatt hat seit drei vollen Jahren keine Prozesse gehabt. Welches sozialdemokratische Blatt Deutschlands außer diesem kann sich solchen Glückes rühmen?

Unsere Kalender agitation wird schon wieder von einem Amtsblatte, diesmal im Kreise Merseburg, mit weinerlicher Klage anerkannt. Der „Vots aus dem Eisenberg Bergreiter“ sagt der Agitation mit dem im Merseburger Kreise verbreiteten sozialdemokratischen Volkskalender „keusliche Geschicklichkeit“ nach und giebt zu, daß der Inhalt des Kalenders geschickt zusammengestellt ist. — Wir quittieren. —

Totuliste der Partei. Als Opfer treuer Pflichterfüllung starb in Varmen der Parteigenosse Ordegel. Er war in einer Notfahrberei beschäftigt und kam bei dem Versuche, ein während der Nacht in der Fabrik ausgebrochenes Feuer zu löschen, ums Leben.

Ein Mitglied der dänischen sozialdemokratischen Partei Christ. Jensen, Hofbesitzer auf Udberup, ist in diesen Tagen verstorben. Er war einer der thätigsten Agitatoren unter der Landbevölkerung. Bei der Landesstimmwahl 1895 wollte die Linke für ihn stimmen, wodurch er in den Landesstimm gewählt worden wäre; man meinte, ein Gutsbesitzer werde nicht „sehr sozialdemokratisch“ sein. Aber da erklärte er, daß er für nichts anderes, als das volle Programm eintreten könne, und an seiner Stelle wurde ein Lehngraf gewählt.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In sechs Wochen Gefängnis wurde Genosse Schöpflin als verantwortlicher Redacteur der „Chemnitzer Volksstimme“ von der Strafkammer in Chemnitz verurteilt. Er soll die Kreisshauptmannschaft Juidau beleidigt haben in einer Notiz, die die Thatsache kritisierte, daß die Kreisshauptmannschaft die auf einen Sonntag festgesetzte Wahl der Weisiger zum Gewerbeamt in Glauchau kurz vor dem Wahltermin verbot, weil die Wahl am Sonntag „unstatthaft und nicht wünschenswert“ sei.

— Gegen Verletzung der Polizeidirektion zu Dresden wurde vom dortigen Landgericht als Verurteilung Genosse H. anisch, Redacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, und damit seine Verurteilung gegen das schöffengerichtliche Urteil verworfen. Die Verletzung soll in einer Notiz der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ begangen sein, die sich auf die seiner Zeit erfolgte Photographierung der Genossin Jule auf der Polizei bezog. H. verbüßt zur Zeit einen Monat Gefängnis.

#### Gewerkschaftliches.

##### Berlin und Umgegend.

Ein Kartell der Berliner Unternehmer. Die berichtet wird, sollen die Berliner Unternehmer zu einem Kartell nach dem Muster der Berliner Gewerkschaftskommissionen zusammengetreten sein. Dieses Kartell soll zunächst die Gründung eines Streikfonds planen, aus dem die schwächeren Unternehmer bei Streiks Unterstützungen erhalten sollen. Sodann will man schwarze Listen anfertigen, um die Vertrauensmänner der Arbeiter, sowie diejenigen, die Streiks leiten, anzupöbeln. Schließlich wird die Generalabschwörung als letztes Mittel in Aussicht gestellt. Diese Organisation will im kleineren, was Justizhandlungen im großen wolle, das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten. Der Plan ist groß angelegt, bei seiner Ausführung werden aber die Gewerkschaften ein ernstes Wort mitzusprechen haben, denn so leicht ist die Vernichtung des Koalitionsrechtes nicht zu erzwingen, als es den Herren vorschwebt. Für die Arbeiter wird der Plan der Unternehmer den Anreiz zu emsiger Förderung ihrer Organisationen geben, damit sie allezeit gewappnet sind gegen Angriffe, die eines ihrer wichtigsten Rechte gefährdet.

An die Maurer Berlins und der Umgegend. Laut Beschluß der Richter-Kommission für das Maurergewerbe sollen vom 1. Januar d. J. ab 62 1/2 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Wir ersuchen nun die Kollegen, welchen dieser festgesetzte Stundenlohn verweigert wird, daß sie umgehend der Verbandsleitung hiervon Mitteilung machen. Des weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß der kürzlich vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gefällte Schiedsspruch festlegt, daß der am 24. Juni geschlossene Vergleich sowie alle von der Richter-Kommission vereinbarten Bestimmungen mit ihren Konsequenzen auch für die Nicht-Bundesmitglieder Rechtskraft besitzen. Daher ist es notwendig und für unsere Sache von großem Vorteil, daß wegen Nichterhaltung der Verbandsbestimmungen in Vauxperren nicht eingetreten wird, sondern daß Verstöße der Unternehmer gemeldet und die betreffenden Arbeitgeber von der Richter-Kommission zur Zahlung resp. Inanspruchnahme der Bestimmungen angehalten resp. vom Gewerbeamt dazu verurteilt werden. Wir bitten die Kollegen, die sich weigernden Arbeitgeber auf den am 18. Dezember 1899 gefällten Schiedsspruch und seine Konsequenzen aufmerksam zu machen. Die Verbandsleitung der Maurer Berlins und der Umgegend, Neu-Köln a. M. 1.

Die Berliner Bauanschläger sind gestern, Dienstag, zwecks Durchsührung des aufgestellten Lohntarifs in den Ausstand getreten. Bekanntlich sind den einzelnen Unternehmern sowie auch den Unternehmer-Organisationen die Forderungen schon vor einigen Monaten zur Niederschreibung unterbreitet worden. Was in der gestrigen, sehr stark besuchten Versammlung der Bauanschläger berichtet werden konnte, haben in letzter Zeit eine größere Anzahl Unternehmer den Tarif in vollem Umfange unterzeichnet anerkannt. Einige Unternehmer haben mit bestimmten Einschränkungen oder auch nur für einzelne Bauten, wo die Arbeit besonders drängt, die Forderungen bewilligt, andere Meister haben sich eine Verantwortung vorbehalten, bis die Juning bezw. die „freie Vereinigung“ endgültige Beschlüsse gefaßt hat, was wohl in den nächsten Tagen geschehen wird. In der Disziplin wurde festgestellt, daß nur dann die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, wenn die Forderungen vollständig bewilligt und der Unternehmer dies durch die Unterzeichnung des Kederics bekundet hat. Die zu den neuen

Arbeitsbedingungen arbeitenden Bauanschläger sind verpflichtet, pro Arbeitstag zur Unterstützung der Ausständigen 50 Pfennige an den Streikfonds abzuführen und erhalten dieselben zur besseren Kontrolle eine Arbeitsberechtigungskarte von der Kommission ausgestellt. Der bisherige Wochenbeitrag von 30 Pf. kommt in Fortfall. Die Höhe der Streikunterstützung zc. soll in der nächsten Versammlung festgelegt werden. Das Streikbureau, das von der Lokalkommission gebildet wird, sowie der Arbeitsnachweis befinden sich im Lokale von Buske, Grenadierstraße 33, und sind nach dort alle die Lohnbewegung betreffenden Vorkommnisse zu berichten. Das Bureau ist in der Zeit von 9 bis 12 und 3 bis 5 Uhr geöffnet.

#### Deutsches Reich.

Aus Anlaß eines Zimmererstreiks in Düsseldorf wurde der Zimmerer Amisch wegen groben Unfugs zu einer Geldstrafe von 3 M. verurteilt. Amisch beantragte richterliche Entscheidung, das Schöffengericht verurteilte unsern Genossen als „Agitator“ und „Leiter“ des Streiks, der „lebhaft mit Streikenden gesprochen habe“, auf das Zeugnis zweier Polizeibeamten hin zu der gleichen Strafe. Die Strafkammer aber sprach Amisch frei, da die Auforderung des Polizeibeamten, er solle sich von der Straße, wo gestreift wurde, entfernen, eine nicht korrekte sei. Denn im Gegensatz zum früheren Urteil sei dem Angeklagten zu glauben, daß er gerade zur Verhütung von Gefährdungen lebhaft mit den Streikenden gesprochen habe, die Ordnung aber nicht gestört werde, wenn der Angeklagte allein ruhig über die Straße ging.

#### Ausland.

Aus Graz wird unterm 2. Januar berichtet: Der Kohlenarbeiterstreik im Köflacher Revier ist heute ausgedröhren. Viele Etablissements haben wegen Kohlenmangels den Betrieb eingestellt.

Ein großer Gewerkschaftskongress findet in diesen Tagen in Stockholm statt, wie in Schweden bisher noch keiner abgehalten ist, nämlich der Kongress des schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, zu dem etwa 100 Vertreter erschienen sind, die über 10 000 Arbeiter des Landes repräsentieren. Die Mitglieder des Verbandes sind meist Anhänger der sozialdemokratischen Partei, und es soll auf diesem Kongress entschieden werden, ob der offizielle Anschluß an die Landesorganisation der Partei erfolgen soll. Die Aengstlichen sind seit der Waffensperre der Holzarbeiter wegen dieses Anschlusses bedenklich geworden.

St. Etienne. In einer Versammlung der Grubenarbeiter und der Direktoren der Gruben wurde einstimmig beschlossen, den Streit durch Schiedsrichter beizulegen. Direktoren und Arbeiter werden je einen Schiedsrichter ernennen und verpflichten sich, dem Schiedsspruch sich zu unterwerfen.

Internationale Konferenz der Transportarbeiter. Die Organisation der englischen Transportarbeiter macht den Vorschlag zu einer internationalen Konferenz im Anschluß an den internationalen Kongress der sozialistischen Parteien in Paris. Als Tagesordnung wird empfohlen: Wie kann ein Bund der Transportarbeiter der ganzen Welt für uns von Nutzen werden? Weitere Vorschläge zur Tagesordnung sowie die Erklärung über die Beteiligung sind an Tom Mann, London, E. C. Bridge House, 181 Queen Victoria Street, zu richten.

#### Aus der Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine richtet an den Reichstag eine Petition, bei der zweiten Beratung der Gewerbevereine die Arbeiterschutzbestimmungen auf die Hausindustrie auszuweiten. In der Begründung wird ausgeführt, daß jeder Raum, sobald er zur hausindustriellen Werkstatt wird, der Aufsicht der Gewerbe-Aufsichtsbeamten unterstellt werden solle und daß die Unternehmer durch Befehl angehalten werden sollen, Listen über alle von ihnen außerhalb ihres Betriebes beschäftigten Arbeiter zu führen und Arbeit nur an solche Personen zu übergeben, welche eine Bescheinigung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten darüber vorweisen können, daß in ihrer Wohnung industrielle Arbeit vorgenommen werden kann, ohne Gefahr für Leben und Gesundheit der damit Beschäftigten, wie auch event. weiterer der Konsumenten der angefertigten Waren.

#### Sociales.

Einführung abgelassener Invalidenmarken. Die Reichs-Polizeiverwaltung, sowie die bairische und württembergische Postverwaltung haben die Genehmigung dazu gegeben, daß die durch das neue Invalidengesetz ungültig gewordenen Doppelmarken zu 0,28 M. so weit sie noch nicht verwendet worden sind, bei den Postanstalten auch gegen Barzahlung zurückgenommen werden.

#### 5. Verbandstag des Verbandes der vereinigten Dachdecker und verwandter Berufsgeoffen Deutschlands.

Magdeburg, den 30. Dezember 1899.

Ueber das Referat des Genossen Legien (Stellung zu den „Christlichen Arbeitervereinen“) entspann sich eine kurze Debatte, die die volle Zustimmung aller Delegierten zu der von Legien empfohlenen Fassung ergab.

Statutenänderung. Der Antrag, den Verbandstag nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen, wird einstimmig abgelehnt. Es bleibt bei dem bisherigen Modus, der Verbandstag findet alle zwei Jahre statt. Gerade nach den in diesem Jahre beschlossenen wichtigen Änderungen sei es nicht geraten, den nächsten Verbandstag zu lange hinauszuschieben. — Um eine bessere Kontrolle durchzuführen, wird der Ausschuss verpflichtet, in angemessenen Zwischenräumen eine unvermutete Revision der Bücher und Kasse am Orte des Verbandstages vorzunehmen. — Eine genaue Statistik der Unfälle im Beruf wird den einzelnen Filialen zur Pflicht gemacht. — Sammelstellen giebt der Verband in Zukunft nicht mehr an. — Diejenigen Filialen, welche mit ihren Beiträgen an die Centrale länger als zwei Quartale ohne genügende Entschuldigung im Rückstande bleiben, können aus dem Verbands ausgeschlossen werden.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Frankfurt a. M., der Sitz des Ausschusses in Bremen. Zum beiderseitigen Verbandsbeamten wird Georg Diehl-Frankfurt a. M. gewählt, zum Verbandskassierer Jakob Diehl, zum Redacteur des Jahrbuchs Hoch-Hannau. Der nächste Verbandstag findet in Mainz statt.

Hieraus wird der Verbandstag von dem Centralvorstandes geschlossen mit dem Versprechen, daß er seine ganze Kraft für das Gedeihen des Verbandes einsetzen werde, und dem Danke an die Magdeburger Kollegen für die Mithilfeleistung im Interesse des Verbandstages sowie den freundlichen Empfang und an die Delegierten für ihre treue und streng sachliche Mitarbeit.

#### Sociale Rechtspflege.

Vom Anssehen. Der unter Kündigungsausschluß engagierte Möbelpolierer H. hatte auf Wunsch seines Arbeitgebers Bod die Arbeit einige Tage ausgesetzt und auf das Verlangen Bods jeden Tag angefragt, ob etwas zu thun sei. Am sechsten Tag ließ sich H. seine Papiere geben, um anderweitig Arbeit zu suchen. Zugleich verklagte er Bod beim Gewerbeamt und beanspruchte eine Entschädigung von 17,50 M. für die 5 Tage, an denen er dem Wunsche des Beklagten gemäß ausgesetzt hatte. Auf Verlangen des Vorstehenden Dr. Gerth gab der Kläger zu, daß er nicht gegen das Anssehen protestiert habe. Mit Rücksicht hierauf rief Dr. Gerth namens des Gerichtshofes dem Kläger, die Klage zurückzunehmen. Wenn man anssehen solle und sage nichts dagegen, dann gelte dies als ein Einverständnis. In einem solchen Falle könne man eine Entschädigung für die Zeit, während der man sich dem Arbeitgeber zur Verfügung hält, nicht verlangen. — H. nahm die Klage vorbehaltlos zurück.

#### Der südafrikanische Krieg.

Während die Engländer in höchster Eile ihre Rüstungen betreiben und beispielsweise heute die Meldung eingiebt, daß die ganze 7. Division bis zum 11. Januar eingeschifft werden soll und daß drei Transportschiffe am Donnerstag in See gehen, haben die Engländer auf dem Kriegsschauplatz selbst einen kleinen Erfolg gehabt. Es ist nämlich gelungen, die Boeren aus Colesberg zu vertreiben und die Stadt wieder zu besetzen. Die bei Merseburg verschanzten Boeren hatten wohlgenommen, daß die englische Kavallerie ihre Verbindungsstellen bedrohte und zogen sich Sonntagabend in nördlicher Richtung bis Colesberg zurück. General French folgte ihnen und unternahm mit seiner ganzen Kavallerie, Artillerie und Infanterie eine Umgehung des rechten Flügels der Boeren, die völlig gelang.

Die Infanterie und die Feldbatterien entwickelten einen Frontangriff auf die Boeren, während gleichzeitig die Kavallerie und die leichte Artillerie den rechten Flügel umging. Die Boeren waren, so heißt es in einer amtlichen Drohung, als sie ihre Rückzugslinie bedroht sahen, völlig übererast und flohen in Anordnung nach Osten zu, indem sie Colesberg in den Händen der Engländer ließen.

#### Der Bericht des Generals French.

London, 2. Januar. Dem Kriegsamt ist in einem Telegramm aus Kapstadt vom gestern der an demselben Tage dorthin durch Hellograph übermittelte Bericht des Generals French über das Gefecht bei Colesberg zugegangen. French meldet:

„Nachdem ich in Merseburg die Hälfte des schottischen Regiments und eine Abteilung reitender Artillerie zurückgelassen hatte, um den Feind in der Front festzuhalten, brach ich am 31. Dezember, nachmittags 5 Uhr, mit der anderen Hälfte des Infanterie-Regiments, 5 Schwadronen Kavallerie, 80 Mann reitender Infanterie und 10 Geschützen von Merseburg auf, machte nach vierstündigem Marsche bei Moidersfarm Halt und besetzte am 1. Januar, 1/2 Uhr morgens, einen Hügel, welcher Colesberg von Westen aus beherrscht. Die feindlichen Vorposten wurden vollständig übererast. Bei Tagesanbruch bombardierte ich das Lager und die rechte Seite der feindlichen Stellung, deren Artillerie das Feuer lebhaft erwiderte, und brachte die Geschütze desselben dort zum Schweigen. Mit Kavallerie und Artillerie machte ich dann einen Vorstoß nördlich von Colesberg in der Richtung zum Knotenpunkt der Eisenbahn, wo ein starkes Boerenlager einen Hügel und eine Stellung südöstlich von Colesberg bis zum Eisenbahn-Kreuzungspunkt besetzt hatte. Unsere Stellung schnitt dem Feinde die Rückzugslinie über eine fahrbare Brücke ab. Circa 1000 Boeren mit 2 Geschützen zogen sich auf Korvals Pont zurück. Unsere Verluste betragen 3 Tote und mehrere Verwundete.“

Von besonderer strategischer Bedeutung ist dieser Erfolg für die Engländer wohl nicht. Aber er dürfte immerhin geeignet sein, die Kapboeren in ihrer Haltung den Engländern gegenüber etwas vorsichtiger zu machen.

#### Aus Ladhsmith

liegen dagegen recht unglückliche Nachrichten vor. Die dortige englische Garnison soll im Begriffe sein, angesichts eines zu unternehmenden letzten Ausfalles ihre schweren Geschütze zu zerstören, damit dieselben den Boeren nicht in die Hände fallen. Dieser verzweifelte Ausfall soll unmittelbar bevorstehen, da die Lage infolge Krankheits- und Nahrungsmangel unbehaltbar geworden sei.

Wir verzeichnen noch folgende Meldungen über die Lage in Ladhsmith:

London, 2. Januar. Ein mit dem Hellographen übermitteltes amtliches Telegramm des Generals White aus Ladhsmith vom 31. v. M. befragt, daß die Zahl der Erkrankten an Dysenterie und Fieber zunehme.

Lager von Frere, 1. Januar. Die Feinde beschließen anscheinend Ladhsmith alle Tage vom Him-Bulwamahügel aus.

Aus der Humor fehlt nicht ganz im Verkehr zwischen den eingeschlossenen Engländern und den belagerten Boeren. In zwei Geschossen, welche die Boeren in die Stadt warfen, befanden sich Glüd wünsch. Ein Geschos enthält einen Plumpudding. Wenn nicht wahr, so doch gut erfunden.

#### Vom Modder River

wird gemeldet: Jeden Morgen bei Tagesanbruch wechselt wir eine Anzahl Schiffe mit den Boeren. Trotz des Neujahrstages fanden die Boeren uns zwei bis drei Angeln herüber, sonst blieb alles ruhig. Der moralische Zustand der englischen Truppen ist ein zufriedenstellender. Heute werden Verstärkungen erwartet. Jeden Tag machen wir weitere Versuche mit den Marconischen Apparaten. Wir sind im Begriffe, Brücken zu bauen. — Vom Modder River wird weiter berichtet: General Cronje hat ein Todesurteil gegen einen Bürger des Orange-Freistaates unterzeichnet, weil derselbe einer Aufforderung, seiner Militärpflicht zu genügen, nicht Folge leistete.

#### Der Krieg in Natal.

Der „Standard“ meldet aus dem Lager von Frere: Die Schwierigkeiten, welchen sich Buller gegenüber sieht, haben durch den unfruchtlichen Anschlag seit dem letzten Treffen außerordentlich zugenommen. Er hat jetzt vor sich eine Reihe von unmanuerten und besetzten Hügeln, welche sich in einer Ausdehnung von 16 Meilen an Zugela entlang ziehen. Dieselben sind dicht vom Feinde besetzt, der in Stellungen von großer Stärke sich befindet, und starken von Geschützen. Der Feind ist stark angeschwollen. Unter diesen Umständen wird die zu erwartende Schlacht sicher die hartnäckigste und wahrscheinlich die folgenschwerste des ganzen Feldzuges sein. Die englischen Schiffschiffe fahren fort, die Linie des Feindes zu beschießen, während unsere Patrouillen seine Planken unsicher machen.

Ein Telegramm aus dem Lager von Frere vom 30. Dezember meldet: In der letzten Nacht fiel weiter heftiger Regen, wodurch der Zugela und andere Flüsse stark anschwohlen. Es scheint kein Zweifel darüber zu sein, daß die bisherige Hauptmacht der Boeren südlich des Zugela sich jetzt jenseits des Flusses befindet, und daß dieser in seiner gegenwärtigen Verfassung eine unüberwindliche Barriere für die noch südlich stehenden Truppen der Boeren bildet, ein Boerenkommando von dreihundert Mann soll thätiglich eingeschlossen und seine Gefangennahme fast sicher sein, da es augenblicklich unmöglich ist, über den Fluß zu kommen und der Durchschnittsboere ein sehr schlechter Schwimmer ist.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 2. Januar. (W. Z. V.) Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet: Ein der hiesigen Reederei-Firma G. D. J. Wagner gehöriger Dampfer „Hans Wagner“ wurde am dritten Weihnachtstagsfeier bei der Delagaba von den Engländern mit Beschlag belegt. Die Firma hat sich bereits beschwerend an das Auswärtige Amt in Berlin gewandt.

Paris, 2. Januar. (W. Z. V.) Staatsgerichtshof. Nach dem Plädoyer des Verteidigers Guérin erklärt der Vorsitzende die Verhandlungen für geschlossen. Der Gerichtshof zieht sich zur Urteilsfällung zur geheimen Beratung zurück. Duffet wurde mit 148 gegen 48 Stimmen für schuldig erklärt, doch wurden ihm mildernde Umstände zugebilligt. Godefroy, Debauz, Sabran und de Ramel wurden freigesprochen. Die geheime Sitzung wurde dann auf morgen vertagt.

Paris, 2. Januar. (W. Z. V.) Einer Meldung der Blätter zufolge soll am 10. November 1899, dem zweiten Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages betreffend die Abgrenzung des Avangantienwangs-Gebietes, bei Ongliol ein Gefecht zwischen französischen Truppen und chinesischer Miliz stattgefunden haben. Letztere soll 200 Tote, die Franzosen sollen 15 Tote und Verwundete verloren haben.

**Lokales.**

**Die Jahrhundertfeier in Berlin**

Wird namentlich von der liberalen und unparteiisch-byzantinischen Presse in spaltenlangen Beschreibungen verberichtet. Wäre es auch unverantwortlich von und gehandelt, wollten wir die Druckerwärme mit annähernd so strapellos draufgehen lassen, wie diese Blätter, so sind doch einige Jüge aus der Scenerie des allerneuesten Jubels als Kulturbild auch für unsere Leser von Interesse. Wie folgen einem Bericht des „Berl. Tagebl.“:

Der Hof hat mit einem Dank- und Wittgottesdienst das alte Jahrhundert beschloffen und das neue begangen. Die am Neujahrstage südländische Vornachtsfeier in der Schlosskapelle fiel diesmal aus, der Gottesdienst war in die Stunde vor Mitternacht verlegt; ihm folgte eine Defilier-Cour im Weissen Saale in der Weise, wie sie alljährlich im Ritter-Saale stattzufinden pflegt.

Leiter meldet das „Tagebl.“, daß der Kaiser befohlen habe, den Gottesdienst acht Minuten vor Mitternacht zu beenden, da die Defilier-Cour pünktl. 12 Uhr beginnen solle. Was so leicht keinem von seiner Sache ergriffenen Veranlassungs- und Parlamentsredner möglich sein wird, gelang dem in Anbacht verlinkten Oberhofprediger Dr. Drexler vorzüglich; den begeisterungsvollen Worten, mit denen er den wichtigen Akt feierte, war mit militärischer Pünktlichkeit auf die Minute ihr Ziel gesetzt. 83 Schiffe leiteten dann das Bundesrats-Jahrhundert ein.

Am nächsten Mittag war eine „Neuweihe“ der Fahnen und Standarten des Gardecorps im Zeughaus. Darüber berichtet das „Tagebl.“: Kurz vor 12 Uhr erließen die Kaiserin in großer Galaanordnung in der von 6 Tracheur-Regimenten gezogenen Hochzeits-Glas-Galatsche mit zwei Spitzenreitern voran den Zeughausportal. Die Feier wurde vom Trompetercorps des 1. Garde-Dragonerregiment mit dem Niederländischen Musikregiment geleitet, nach welchem der evangelische Feldprediger D. Richter die Weibereide hielt, in welcher er auf die Delorator des Mars bezug nahm: „In Schwert und Schild unter dem Kreuz, das soll unsere gute Wehr und Wappen bleiben, und des Schildes Aufschrift die große Parole auch für das neue Jahrhundert: In Sühnen und Sühn, In That und Trug, In Sieg im Streit, Von Gott geweiht.“ Als der Geistliche die Weibe mit der Aufforderung einleitete: „So beuge denn die Knie und setze die Fahnen und Standarten vor dem Herrn der Heerscharen nieder“, ließ sich der Kaiser auf beide Knie nieder, ein gleiches thaten die Prinzen und die große Zahl der Offiziere, die entblößten Häupter und mit gefalteten Händen um den Kaiser gekniet, den Weiseprediger hörten. Die Anwesenden seilten die Feldzeichen bis auf die Brüstung der Treppe, und im Aufgange feierte zu gleicher Zeit die Leibbatterie einen Salut von 100 Schuß. Nach dem Amen spielte das Trompetercorps das Te Deum.

Nachher trat der Kaiser einige Schritte vor und hielt an seine Generale und Offiziere eine längere Ansprache, die wir im politischen Teil im Wortlaut mitteilen.

Und das Volk! Das „Volk“ dürfte in der Silberhochzeit Allotria treiben. Es machte von dieser behördlichen Lizenz ausgenutzten Gebrauch, schrie unter den Linden „Prolet Renard“ und rührte unbedröht den Ordnungslampfen gegen den Cylinderhut. Mit Stolz berichten die Zeitungen, daß die Polizei in dieser Silberracht ein Auge zugeknipst und „nur“ 133 Verhaftungen vorgenommen habe.

Ein nicht geringer Teil des gutgeputzten Volkes aber wurde in den Adelsstand und noch höher hinauf erhoben. Die Blätter zählen 29 zivilistische und militärische Bürgerliche auf, die fortan sich „von“ nennen dürfen. Unter ihnen befinden sich Landrat Stubenrauch, Eisenbahnminister Ebelien, bekannt durch sein Spar-Talent, Admiral Köster und der Kriegerverein-Generallieutenant Spig. Auch sind zwei Frankfurter Bankiers, Adolph und Louis Grunewald darunter. Ein Kammerherr wurde außerdem zum Grafen gemacht. In den „Fürstenstand“ aber wurden erhoben der Graf Richard zu Dohna-Schloditten und der Wirkliche Geheimrat Graf Edgard zu Zuhausen und Knyphausen auf Lützburg, endlich aber Phil, der Nordlandsdichter, auch bekannt als Wiener Vorkämpfer, Graf Philipp zu Eulenburg. Neben dem tief unter ihm im Range stehenden Major Lauff gilt der jetzt gefürstete Eulenburg als der bedeutendste Dichterpatriot des verflohenen Jahrzehnts. Er steht selbst über Goethe, da dieser es nur bis zum Minister brachte.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß dem kaiserlichen Oberst-Schwenk, Fürstin Hermann v. Hasfeldt zu Trachenberg, Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, unter der Bezeichnung eines Herzogs zu Trachenberg, Fürstin von Hasfeldt, die Herzogswürde verliehen wurde.

So wurde das neue Jahrhundert mit Glanz eingeleitet.

**Das Rettungswesen**

war in Berlin bis in die neueste Zeit hinein sehr mangelhaft, oder richtiger gesagt, überhaupt nicht organisiert. Seit der Errichtung von Sanitätswachen war auf diesem Gebiet nichts Remmendwertes mehr gethan oder versucht worden, bis im Jahre 1895 die Unfallstationen geschaffen wurden und zwei Jahre später die Rettungsgesellschaft zusammentrat. Der Konkurrenzstreit, der damals zwischen diesen beiden Unternehmungen ausbrach, dürfte noch in frischer Erinnerung sein. Er war im vorigen Jahre endlich soweit beigelegt, daß er wenigstens nicht mehr vor der Öffentlichkeit geführt wurde, aber jetzt ist er mit einem Male von neuem aufs heftigste entbrannt. Prof. v. Bergmann, der Vorsitzende der Rettungsgesellschaft, hat eine Broschüre „Das Berliner Rettungswesen“ veröffentlicht, in der er die Leistungsfähigkeit der Unfallstationen in Zweifel zieht, und das Kuratorium der Unfallstationen hat darauf mit einer „zur Abwehr“ betitelten Darlegung geantwortet, die Herr von Bergmanns Einwürfe zu entkräften sucht. Das Kuratorium der Unfallstationen betont darin, daß die beiden, dem gleichen Zwecke dienenden Institutionen durch friedliches Nebeneinanderwirken der Allgemeinheit besser dienen könnten als durch Polemiken über Organisationsfragen. Wir möchten uns hierzu die Rebenbemerkung gestatten, daß die Unfallstationen zum mindesten ihre Entschädigung der Mächtig nicht auf die „Allgemeinheit“, sondern auf das private Interesse einiger Berufsgruppen aufbauen. Im übrigen aber wollen und können wir dem weiteren Verlauf des Streites als durchaus unparteiische in Ruhe zusehen. Der Ausgang wird, denken wir, nicht davon abhängen, wer den Mund am politischen nimmt, sondern wer die besten Leistungen bietet. Zugunsten ist, daß gegenwärtig beide Institutionen, unbeschadet der Motive ihres Bestehens, dem öffentlichen Wohle schätzenswerte Dienste leisten. Ein Bild in den neuesten Jahresbericht der Unfallstationen sowie auch der Rettungsgesellschaft zeigt, wie rasch diese Unternehmungen sich als unentbehrlich erwiesen haben. Die Unfallstationen leisteten 1899 in nahezu 88 000 Fällen erste Hilfe, und die Rettungsgesellschaft wurde 1898/99 (1. Oktober bis 30. September) 6151 mal in Anspruch genommen. Selbstverständlich bedarf das Rettungswesen Berlins noch sehr der weiteren Ausgestaltung, aber zu einer annähernden Vollkommenheit kann es weder durch die Unfallstationen noch durch die Rettungsgesellschaft gelangen. Die Rettungsgesellschaft wird nie mehr leisten können, als der gute Wille der vorwiegend privaten Freunde und Gönner, auf deren Spenden sie angewiesen ist, ihr erlaubt, und die Unfallstationen werden niemals mehr leisten wollen, als sich mit dem auch heute noch für ihre Wirksamkeit mitbestimmenden Interesse der beteiligten Berufs-genossenschaften vertragen. Der neue aufsteigende Streit zwischen

Rettungsgesellschaft und Unfallstationen wird aber vielleicht das eine Gute haben, daß die Frage der Uebernahme des öffentlichen Rettungswesens durch die Stadtgemeinde rascher in Fluß kommt und eher ihrer Lösung entgegengeführt wird. Es versteht sich ganz von selbst, daß das Rettungswesen von den anderen Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege nicht getrennt werden kann, also — wie diese — zu den Aufgaben der Kommune gehört. Dann darf es aber ebenso wenig wie irgend ein anderer Zweig der öffentlichen Gesundheitspflege im wesentlichen der häusliche privaten Kreise überlassen werden — gleichgültig, ob es sich dabei um eine Interessentengruppe oder um eine gemeinnützige Vereinigung handelt.

**Zwangsbinnungs-Verrücktheit.**

Unter den heiligen Tischlermeister, welche mit Beginn des neuen Jahres gezeugt sind, der neuen Zwangsbinnung beizutreten, herrscht die größte Unstimmigkeit über das eigennützige Bedenken der alten Innung, welche am 29. Dezember sang- und klanglos zu Grabe getragen wurde. Während diese Innung nur ca. 1200 Mitglieder aufwies, wird die neue Zwangsbinnung einen Mitgliederbestand von weit über 8000 zählen. Die alte Innung wird also nur ungefähr den dritten Teil der Mitglieder der Zwangsbinnung stellen, würde also bei allen Abstimmungen in der Minorität sich befinden, wenn allen Mitgliedern der Zwangsbinnung das gleiche Stimmrecht gewährt würde. Mit allen Mitteln strebte deshalb der Vorstand der alten Innung dahin, sich und seinen Trabanten die Herrschaft auch in der Zwangsbinnung zu sichern. Zunächst wurde den Mitgliedern der neuen Innung das Recht, sich selbst ein Statut zu geben, dadurch entzogen, daß die alte Innung ohne die künftigen neuen Mitglieder der Zwangsbinnung zu befragen oder zur Mitwirkung heranzuziehen, das Statut für die Zwangsbinnung selbstherrlich feststellte. Dieses Statut macht die Mitglieder der Zwangsbinnung dadurch rechtlos, daß in der Innungsversammlung nicht allen großjährigen Mitgliedern dieser Innung Zutritt und Stimmrecht gestattet wird, wie es nach § 92 der Gewerbeordnung zulässig, bestimmt vielmehr, daß die Innungsversammlung nur aus Delegierten besteht, deren Zahl auf 168 festgesetzt wurde.

In dieser Delegiertenversammlung hofft nun die alte Innung durch Ueberherrschung der bloßen der Innung fernstehenden und deshalb morgamferten Tischlermeister, sich die Mehrheit sichern zu können. In aller Eile, ohne die neuen Zwangsbinnungs-Mitglieder zu hören, stellt man die Kandidaten zur Delegiertenwahl auf, welche den alten Innungsgrößen auch in der Zwangsbinnung die Herrschaft sichern sollen, während die überwältigende Mehrheit der neuen Mitglieder völlig rechtlos gemacht und nur die Pflicht zum Zollen der Beiträge und der vom Vorstände festzusetzenden Strafgebühren haben soll. Nach dem neuen Statut hat jedes Innungsmitglied zu zahlen: 1. einen vierstufigen Beitrag von 1 M., 2. für jeden beschäftigten Gesellen und Arbeiter noch jährlich 50 Pf., 3. für jede in der Werkstatt befindliche Holzmajäne einen Extrabeitrag von jährlich 3 M., 4. Extrabeitrag, welche von der Innungs- (Delegierten-) Versammlung festgesetzt werden. Ferner bestimmt das Statut noch, daß Mitglieder, die dem Vorstände unrichtige Angaben über die Zahl der von ihnen beschäftigten Gesellen oder Arbeiter machen, vom Vorstände mit Ordnungsgeldern bis zu 20 M. belegt werden können, und die hintergezogenen Beiträge nachgezahlt werden müssen. An finanziellen Mitteln dürfte es demnach der Zwangsbinnung nicht fehlen. Dies scheinen auch die Väter des neuen Statuts angenommen zu haben, deshalb sind die an die Vorstandsmitglieder zu zahlenden Entschädigungen z. B. recht hoch bemessen worden, so sind für den ersten Obermeister jährlich 3000 M., für den zweiten Obermeister 1800 M. z. festgesetzt worden und zwar von den Innungsgrößen, welche sonst nicht laut genug auf die bezahlten Agitatoren der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter schimpfen. Schon die alte Innung hat weit über die Hälfte aller Einnahmen, nämlich 6883,50 Mark, für Entschädigungen, Gratifikationen, Lantimen, Repräsentations- und Agitationskosten verpulvert. Im Etatsjahre 1898/99 betrug die Gesamteinnahme der Innungskasse 12 009,98 M., die Gesamtausgabe aber 11 862,70 M. Von der Ausgabe erzielten: Die beiden Obermeister eine Entschädigung von 1000 M., der erste Obermeister ferner eine Meidenentschädigung von 300 M. und für Aufschreiben der Lehrbriefe 86,50 M., der Kaiser eine Lantime von 489,64 M., die Prüfungskommission eine Entschädigung von 1250,80 M., und der erste Obermeister und Schriftführer eine Gratifikation von zusammen 650 M. An die Vorstandsmitglieder wurden außerdem für Agitation zur Zwangs-Innung 1887 M.; an Repräsentationskosten beim Tischlerfest 375 M. und für Medaillen der Lehrlinge 285,50 M. ausgezahlt.

Hiuwahe, da sind doch die sogenannten „bezahlten Agitatoren“ der Arbeitervereine reine Waisenkinder im Hinblick auf die selbstlos ihres Amtes waltenden Innungsgrößen, welche ihre ganze Thätigkeit nur „einzig und allein zum Wohle des Handwerks“ entfalten.

**Der Wohnungsmangel.**

über dessen Zunahme im Laufe des Jahres 1898 wir bereits kurz berichtet haben, ist in dem genannten Zeitraum besonders in einigen Arbeitervierteln sehr auffällig hervorgetreten. In ganz Berlin waren Ende 1897 von 490 873 Wohnungen sowie Dienst-, Geschäfts-, Arbeiterwohnungen usw. 22 728 unvernietet, also 4,6 Proz., dagegen Ende 1898 von 503 240 Wohnungen usw. nur 13 466, also 2,7 Proz. In den Stadtteilen ist der Prozentsatz der unvernieteten Wohnungen usw. sehr verschieden. Er war 1897 am höchsten auf dem Wedding (12,1 Proz. aller Wohnungen dieses Stadtteils), am niedrigsten im inneren Teil der jenseitigen Luisenstadt (2,1 Proz.), 1898 am höchsten im inneren Teil des Scharlauer Viertels (4,6 Proz.), am niedrigsten im äußeren Teil von Moabit (1,1 Proz.). Zurangegangen ist der Prozentsatz in sämtlichen Stadtteilen, aber der Rückgang ist verschieden groß. Er sank von 1897 zu 1898 in einigen Stadtteilen nur ganz geringfügig, z. B. in der Altstadt von 8,7 auf 8,3, in der Friedrichstadt von 8,8 auf 8,9, dagegen in anderen auf weniger als die Hälfte des vorjährigen Prozentsatzes, in der Schönberger Vorstadt von 4,1 auf 1,8, im östlichen Teil der Tempelhofer Vorstadt von 8,7 auf 1,7, in der Oramenburger Vorstadt von 4,9 auf 2,3, im nördlichen Teil der Rosenthaler Vorstadt von 4,5 auf 2,2, in zwei Stadtteilen sogar fast auf ein Viertel des vorjährigen Prozentsatzes, auf dem Wedding von 12,1 auf 3,4, im äußeren Teil Moabits von 4,1 auf 1,1. Die Stadtteile mit dem stärksten Rückgang des Prozentsatzes unvernieteter Wohnungen werden, mit Ausnahme der Scharlauer Vorstadt, vorwiegend von einer weniger bemittelten Bevölkerung bewohnt. Am meisten trifft das für den Wedding und den äußeren Teil von Moabit zu, wo auch der Rückgang am allerstärksten war. Die Größe der dadurch bewirkten Wohnungsmangel wird noch klarer, wenn wir hier die absoluten Zahlen betrachten. Der Stadtteil Wedding hatte Ende 1897 unter 85 063 Wohnungen noch 4290 unvernietete, Ende 1898 dagegen unter 85 182 nur noch 1180 unvernietete. Im äußeren Teil von Moabit waren Ende 1897 von 27 468 Wohnungen 1081 unvernietet, Ende 1898 dagegen von 28 210 nur noch 297. Von denen, die durch ihren Beruf gezwungen sind, da draußen zu wohnen, wird eine so außerordentliche Wohnungsmangel überaus schwer empfunden. Die Hausbesitzer aber dürfen sich ins Häufchen lagern und die für sie günstige Lage des Wohnungsmarktes nach Kräften zu ihrem Vorteil ausnützen, d. h. die Mieten bis zu unerschänkter Höhe emporzuschrauben.

Die Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern. Im Jahre 1898/99 (bzw. im Vorjahre 1897/98) erforderte der Betrieb der städtischen Krankenhäuser eine Ausgabe von zusammen 2 488 554 (2 304 050) Mark. Bei zusammen 807 446 (721 077) Verpflegungsbilagen macht das 3,08 (3,20) Mark pro Tag und Kranken. Durch Abzug der geringfügigen Einnahmen aus der Anfallskassawirtschaft wurde dieser Betrag auf 2 470 820 (2 288 294) Mark oder pro Tag und Kopf 3,06 (3,17) M. vermindert. Fügt man zu dieser Mehrausgabe die Zinsen vom Grundeigentum und vom Patentar hinzu, so ergeben sich als Selbstkosten der Stadtgemeinde 3 077 890 (2 883 294) Mark oder pro Tag und Kopf 3,81 (4,00) Mark. Nicht man hiervon die Erstattungen auf Kurs-, Verpflegungs- und Beerdigungskosten ab, so bleiben von der Selbstkosten ungedeckt und sind also von der Stadtgemeinde zu tragen 2 283 535 (2 065 477) M., pro Tag und Kopf 2,83 (2,91) M. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Selbstkosten der Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern von 1897/98 zu 1898/99 geringer geworden sind. Die Verpflegungssätze bleiben zwar auch nach der vom Magistrat beschlossenen Erhöhung noch erheblich hinter den Selbstkosten zurück, aber angesichts der oben nachgewiesenen Verringerung der Selbstkosten beträgt es doch eigentümlich, daß die Verpflegungssätze gerade jetzt erhöht worden sind. Der Magistrat begründet diese Maßregel allerdings nicht mit finanziellen Rücksichten, sondern beruft sich darauf, daß er durch die von der Charité beschlossene Erhöhung der Verpflegungssätze zu einer gleichen Erhöhung für die städtischen Krankenhäuser gezwungen sei, wenn hier nicht eine Ueberfüllung eintreten solle. Für die letzte Stadtverordnetenversammlung hatten mehrere Genossen den Antrag eingebracht, die Veranlassung solle den Magistrat ersuchen, seinen Beschluß vorläufig noch nicht auszuführen. Die Mehrheit der Versammlung hielt den Antrag merkwürdigerweise nicht für dringlich und verschob die Beratung bis nach Neujahr. Inzwischen ist die für den 1. Januar 1900 angeordnete Erhöhung bereits in Kraft getreten. Das hindert aber nicht, sie einzuweisen wieder rückgängig zu machen, wenn Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat den guten Willen dazu haben.

Die städtische Taubstummenanstalt, die am 4. Januar vor 25 Jahren eröffnet wurde, hatte damals zunächst nur 2 Klassen mit 35 Jünglingen. Sie wurde aber schon bis Ende 1877 durch wiederholte Erweiterung auf 7 Klassen mit 96 Jünglingen gebracht. Der neueste, das Jahr 1898 behandelnde Bericht der Schuldeputation giebt die Frequenz auf 137 Jünglinge an, die sich auf 12 Klassen verteilen. Vor 1875 wurden die taubstummen Kinder, für deren Unterweisung die Gemeinde zu sorgen hatte, der königlichen Taubstummenanstalt überwiefen. Die Stadt zahlte dafür ein Schulgeld von jährlich 96 M. Die Anstalt vermochte aber nicht alle Angewandten aufzunehmen. Ende 1874 z. B. waren nur 58 Kinder auf diese Weise eingelassen, während noch 38 andere seit längerer oder kürzerer Zeit ohne Unterhalt waren. Heute wird die Schulspflicht von den taubstummen Kindern in Berlin im allgemeinen mit derselben Regelmäßigkeit erfüllt wie von den vorstimmigen.

Eine Stiftung von 15 000 M. hat der Fabrikant Moritz Rosenow zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum zum Besten von Berliner Waisenkindern errichtet, die ein Handwerk der Kunst- und Galanteriewarenbranche erlernen wollen und sich unter die Döhrnt des Jubilars stellen.

Die städtischen Krankenhäuser, drei Hauptanstalten im Friedrichshagen, in Moabit und am Urban und eine Hilfsanstalt in der Gütlichenerstraße, nahmen 1898/99 (bzw. 1897/98) zusammen 29 341 (25 402) Kranke auf. Wird der aus dem Vorjahre übernommene Bestand von 2140 (1900) mitgezählt, so wurden überhaupt 31 481 (27 371) Kranke behandelt. An der Steigerung der Aufnahmen (von 25 402 auf 29 341, also um 3939 = 15,5 Proz.) waren verhältnismäßig schwach beteiligt die Anstalten im Friedrichshagen (von 9082 auf 9840) und am Urban (von 7039 auf 8113), dagegen sehr stark die Anstalt in Moabit (von 7925 auf 9937) und die allerdings erst im Dezember 1897 eröffnete Anstalt in der Gütlichenerstraße (von 476 auf 1951). Von 30 022 (26 091) Kranken, bei denen die Veranlassung der Aufnahme angegeben ist, kamen 8115 (7401) auf eigene Meldung in die Anstalt, 12 843 (9829) = 41,1 (37,7) Proz. als Mitglieder von Krankenkassen und Versicherungsvereinigungen, 2173 (1614) auf Veranlassung der Armenkommissionen usw. usw. Vorzahlungsbetrag waren nur 1225 (1026) darunter. Die Mehraufnahmen kamen, wie man sieht, größtenteils auf die Mitglieder von Krankenkassen und Versicherungsvereinigungen.

Die Berliner Schulfugend belief sich Ende 1898 auf beinahe 1/4 Million. In den 380 Schulen, die zu diesem Zeitpunkt in Berlin vorhanden waren, befanden sich 248 487 Schüler und Schülerinnen; davon kamen 201 975 auf die 225 Gemeindeschulen. Ende 1897 hatten sich in damals 376 Schulen 248 068 Schüler und Schülerinnen befunden. Die Vermehrung der Schulfugend im Laufe des Jahres 1898 betrug also 5419. Dieses Plus bleibt nicht unerheblich zurück hinter dem des Jahres 1897, das sich auf 5605 belief. In den nächsten Jahren bis 1902 wird sich die Vermehrung der Berliner Schulfugend voraussichtlich noch weiter verlangsamen, weil in dieser Periode wegen der geringen Geburtenhäufigkeit der Jahre bis 1896, in denen die Zahl der Berliner Geburten sogar absolut zurückging, eine weniger große Zahl von schulpflichtigen Kindern in das schulpflichtige Alter eintritt. — Dem Berliner Gemeindefiskus wäre diese Periode zum Vorteil gereichen, insofern sie Gelegenheit bietet, den Mangel an Schulen und die Ueberfüllung der Klassen schneller und fühlbarer zu mildern, als das unter gewöhnlichen Verhältnissen möglich ist. Leider ist aber kaum zu erwarten, daß die Gelegenheit benutzt wird. Wenn durch die demnächst in größerer Zahl fertig werdenden Schulhäuser dem dringenden Bedürfnis genügt sein wird, kann wird die Verminderung des Andranges schulpflichtig werdender Kinder wahrscheinlich von der Gemeindefiskusverwaltung als ein willkommenes Aufschlag betrachtet werden, sich wieder für eine Zeit auszurufen. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse vor ungefähr einem Jahrzehnt. Auch damals verlangte sich die Zunahme der schulpflichtigen Jugend für mehrere Jahre, aber ziemlich in demselben Maße verlangsamte sich auch die Vermehrung der Schulen. Die Folgen traten später in einer Steigerung der Schulnot zu Tage.

Die Ferien der höheren Lehranstalten für das Jahr 1900 sollen nach dem Vorschlag des Magistrats wie folgt festgesetzt werden: Osterferien: Mittwoch, den 4. April (Schluß), bis Donnerstag, den 19. April (Beginn des Unterrichtes); Pfingstferien: Freitag, den 1. Juni bis Donnerstag, den 7. Juni; Sommerferien: Freitag, den 6. Juli bis Dienstag, den 14. August; Herbstferien: Sonnabend, den 29. September bis Dienstag, den 8. Oktober; Weihnachtferien: Samstag, den 22. Dezember bis Dienstag, den 8. Januar 1901.

Elia Goltz hat ihrem Ehatendrang, der sie in den Dienst der Götze zwingen wollte, die Fingel anlegen müssen. Die Reichsbank hat bekanntlich die Summe von 80 600 M., die sie an Fäulein Goltz zu zahlen verurteilt wurde, nicht hergegeben, sondern gegen das Urteil Berufung eingelegt. Elia Goltz hat somit nicht die Mittel gehabt, das bereits gefaßte Weinrestaurant an der Ecke der Willow- und Potsdamerstraße zu übernehmen. Der Kauf ist infolge dessen rückgängig gemacht worden.

Seiner Verhaftung entzogen hat sich der 23 Jahre alte Kaufmann Ernst Aug, der wegen Betrugs verfolgt wird. Nicht ist in die Leppischwindelstein verwickelt, aber die wir vor längerer Zeit schon kurz berichteten. Er arbeitete mit einem Volksermeister und Bankbesitzer, was aus der Wappelaes 26,67 und einem





